

tung einer Hierarchie im internationalen System in dem Sinne, daß der Egalisierungsprozeß nicht noch weiter fortschreitet, d. h. die Ohnmacht der Großmächte der Kleinen nicht noch weiter angeglichen wird. Ferner sei die physische Expansion der Hauptgegner und die militärische Aggression der Kleineren zu verhindern und eine Mäßigung des ganzen Systems anzustreben (über den Unterschied zwischen gemäßigten und revolutionären Systemen S. 12 ff.). Die Entwicklung des internationalen Systems zielt nach H.'s Ansicht weder auf ein imperiales (*pax americana*) noch auf ein Duopol zwischen USA und Sowjetunion, sondern auf ein gemäßigtes „multi-hierarchisches“ System (S. 356 ff.). Hierunter versteht er ein solches, das mehr Rangstufen aufweist und im übrigen funktional gegliedert (verschiedene Hierarchien für verschiedene Aufgaben) und regional dezentralisiert sein wird. Ein solches System wäre für die USA vorteilhaft, es würde die Verantwortung für die Ordnung der Welt auf mehrere Schultern verteilen und den USA Selektivität und Flexibilität ermöglichen. H.'s Ratschläge für eine amerikanische Politik zur Förderung eines solchen gemäßigten Systems sind indessen sehr abstrakt. Interessant ist sein Appell, Revolutionen als notwendiges Sicherheitsventil angesichts der Einschränkung internationaler Gewaltanwendung zu betrachten; um internationale Mäßigung zu erzielen, müsse man streng zwischen der internen Natur und dem internationalen Verhalten unterscheiden und sich in die erstere unter keinen Umständen einmischen (S. 362 f.) — wohl eine utopische Forderung. Er plädiert weiter (S. 365 ff.) für eine stärkere Differenzierung in der Analyse. So sei die Domino-Theorie unhaltbar (wegen der Erstarkung des Nationalstaatsgedankens und der Internisierung des internationalen Wettbewerbes). Er mahnt, die eigene Berufung auf die Verschiedenheiten in der Welt (Kennedy: „to make the world safe for diversity“) ernst zu nehmen und ihr zu vertrauen, wobei, um Chaos zu vermeiden, die Übertragung von Verantwortung auf

regionale Institutionen (devolution) gefördert werden sollte — auch das ein vages Konzept.

Es gibt unzählige Einsichten in alte und neue Zusammenhänge, die hier nicht weiter verfolgt werden können (allerdings oft auf einem sehr hohen Niveau der Abstraktheit). Da praktisch kein Staat dem Einfluß der amerikanischen Außenpolitik in dieser oder jener Form entzogen ist, geht dieses Buch auch jeden an.

Knud Krakau

KENNETH D. KAUNDA
A Humanist in Africa
Letters to Colin M. Morris
Longmans Green and Co. Ltd.
London 1966, 136 Seiten.

Kenneth D. Kaunda, Präsident der Republik Zambia, ist einem breiteren europäischen Publikum durch die letztjährige Weltkirchenkonferenz in Uppsala bekannt geworden, bei der er in beredter Weise auf die Probleme der Dritten Welt erklärend aufmerksam machen konnte. Auch das inzwischen verabschiedete „Manifest von Lusaka über das südliche Afrika“ ist in weiten Passagen von seinem Einfluß geprägt. Zusammen mit der diffizilen politischen Lage seines Landes und den soeben ergriffenen Maßnahmen zur Erhöhung des staatlichen Einflusses auf Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsablauf gibt dies genügend Anlaß, auf eines seiner Bücher hinzuweisen, das, bereits in früher Phase der Unabhängigkeit erschienen, manche späteren Entwicklungen geistig vorwegnahm, gleichzeitig aber nicht ein Beispiel abgibt für Fragenbereiche, die beim Schreiben noch aktuell, beim Drucken bereits Geschichte waren. Es handelt sich um eine Reihe von — redigierten — Briefen an den Präsidenten der Vereinigten Kirche Zambias, Colin M. Morris, in denen außer zu Aspekten persönlicher Lebensphilosophie zu vielfältigen Problemen Zambias und Afrikas Stellung bezogen wird, die von der Rolle des einzelnen in der Gesellschaft bis zum Nationalismus, von der nationalen Kooperation

von Schwarz und Weiß bis zur afrikanischen Einheit reichen.

In den beiden ersten Kapiteln legt Kaunda die christliche Basis seines Humanismus-Verständnisses dar, mit Überlegungen zu Qualität und Reaktionsweisen des Menschen und insonderheit zu Charakter und Denkstrukturen des Afrikaners, wobei er auch der entwicklungsrechtlich relevanten Frage nachgeht, inwieweit traditionelle Verhaltensweisen und stammespsychologische Zusammenhänge als Nukleus moderner sozio-ökonomischer Entwicklung konkretisierbar sind. Die Übernahme rationaler Denkprozesse von außen könne nur in bestimmten Aktivitätsbereichen notwendig oder wünschenswert sein; für zwischenmenschliche Beziehungen sei der traditionelle afrikanische Approach sowohl mehr „richtig“ als auch mehr „menschlich“ (S. 30). Diese These mag, zum allgemeinen Anspruchsniveau gesetzt, manchen Leser zur Kritik herausfordern, da es nicht gerade eine seltene Erscheinung ist, daß afrikanische Entwicklungsländer zwar gern bereit scheinen, das technische, organisatorische und lebensstandardmäßige Vorbild der Industrialisation zu übernehmen, aber nur in sehr ungenügendem Maße willens oder fähig waren, die dafür erforderlichen Vorbedingungen sozialen Wandels in ihren Sozialgebilden durchzusetzen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, solche Institutionen zu schaffen und zu fordern, die dem Individuum den Genuss der Ergebnisse seiner vermehrten Anstrengungen sichern und ihm auf diese Weise die Chance sozialen Aufstiegs eröffnen. Inwieweit hat aber der Autor recht, wenn er meint, daß moderne Technik und Wissenschaft das materielle Wohlergehen des einzelnen steigern, sie ihn aber nicht sozialgesinnter, teilungswilliger, verantwortungsbewusster machen können. Oder aber, inwieweit hat Paternalismus in Afrika ökonomischen und sozialen Aktivitätsanreiz tangiert? Das dritte und vierte Kapitel betrachten die Herausforderungen der politischen Unabhängigkeit und die versuchten und möglichen Antworten auf diese Herausforderungen ausführlicher. Die

Breite der vom Kolonialsystem übernommenen Probleme und die daraus resultierenden strategischen Konfliktsituationen werden aufgezeigt: die Änderung von Lebensgewohnheiten ohne Wahl zwischen Annahme und Ablehnung, die Bemühungen zur Erhaltung der persönlichen Integrität, die Lösung hergebrachter Bindungen ohne gleichzeitigen Aufbau ausreichender Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse, wie auch die phasenmäßig stimulierende Rolle des gemeinsamen äußeren Feindes als Brennpunkt für den Freiheitskampf und die Bewältigung interner Schwierigkeiten. Kritische Bemerkungen findet der Autor zum vergangenheitsorientierten Verhalten vieler Weißen: „Wir sind nicht so sehr daran interessiert zu hören, was die Weißen in der Vergangenheit für uns getan haben, als vielmehr zu erfahren, was sie mit uns zusammen in der Zukunft tun wollen.“ Einen kooperativen Geist zu entwickeln sei nicht gerade viel Gelegenheit gewesen. Und was den „guten Rat“ betrifft: „I am not interested in the national origin of the solutions we adopt to our problems“ (S. 76). Der anregendste Beitrag des Buches ist wohl die Darstellung von Problemen der Anpassung an die neue Situation. Kaunda versucht hier, zu differenzieren zwischen der problemlösenden (problem-solving) westlichen Kultur und der situationserfahrenden (situation-experiencing) afrikanischen Kultur, die eine Kombination rationaler und irrationaler Elemente im Erfahren der Eindrücke zuläßt und nicht zu Entweder-Oder-Alternativen und -entscheidungen führen muß.

Die beiden letzten Kapitel befassen sich mit der Zukunft des afrikanischen Nationalismus und mit Problemen der afrikanischen Einheit. Die Transformation des Nationalismus in eine neue Form des Patriotismus wird als eine Notwendigkeit beschrieben, die beim Wegfallen des alten äußeren Feindes entsteht. Die Instabilität der nationalen Einheit, die Tendenz zur Desintegration aus Tribalismus, opportunistischem Machtstreben und Rassismus werden als ständig latent vorhandene Gefahren erkannt, nationa-

le Einheit und Stabilität der Regierung in den frühen Phasen der nachkolonialen Entwicklung damit als wichtiger denn die Garantie westlicher individueller Freiheitswerte angesehen. Diese Überlegungen — die später (1968) jedoch die rasche Anerkennung Biafras durch Zambia nicht ausschlossen — werden auch als Bestimmungsgrund für die Forderung nach staatlichen Ein-Parteien-Systemen und für die Ablehnung der faktischen Übernahme westlicher liberaler Demokratie-Modelle ins Feld geführt („... survival is more important than freedom of expression“, S. 107). Die aktuelle Absicherung gegen Desintegrationstendenzen wird auch für den überstaatlichen Bereich als bestimmd und zugleich als Maßstab für eine kontinentale non-alignment-Politik genannt. Die Abgabe nationaler Souveränitätsrechte sei aber nur über verschiedene Stufen möglich, deren erste die Schaffung regionaler Wirtschaftseinheiten auf Basis von Freihandelszonen sein könnte, mit gleichzeitigem Aufbau zwischenstaatlicher afrikanischer (!) Wirtschaftshilfe. Beide Aspekte dürften bei den derzeitigen Verhandlungen um den Beitritt des relativ reichen Zambia (drittgrößter Kupferproduzent, zweitgrößter Kupferlieferant der Welt) in den Ostafrikanischen Gemeinsamen Markt in Form konkreter Forderungen an Kaunda und an sein Land herangetragen werden.

Udo Ernst Simonis

LEON CARL BROWN (Hrsg.)
**State and Society in Independant
North Africa**
The Middle East Institute
Washington, D. C., 1966

Am 3. Juli 1962 wurde Algerien unabhängig. Innerhalb von 11 Jahren war damit Nordafrika von der Kolonialherrschaft befreit worden, nachdem das ärmste Land — zumindest damals —, nämlich Libyen, schon im Dezember 1951 selbständig wurde. Die Erlangung der politischen Unabhängigkeit Nordafrikas war aber nur der erste Schritt auf dem beschwerlichen Wege einer umfassenden

Aenderung der überkommenen Strukturen. Es ging und geht jetzt darum, die Staaten zu einem Kampf gegen die Unterentwicklung zu mobilisieren, was wahrscheinlich am ehesten auf dem Wege des Zusammenschlusses erreicht werden könnte.

Glücklicherweise haben die vier nordafrikanischen Länder einige Gemeinsamkeiten als Positivum. So bilden sie ein relativ zusammenhängendes geographisches Gebiet; sie sind geprägt durch eine lange und enge Bindung an die arabisch-muslimische Kultur und Religion; schließlich ist der wichtigste Teil Nordafrikas — d. h. die vier Länder Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen sind damit gemeint — überwiegend durch eine Kolonialmacht, nämlich Frankreich, geformt worden. Trotz dieser Gemeinsamkeiten und der überall anzutreffenden Kriterien für die Unterentwicklung gibt es viele trennende Unterschiede, z. B. bezüglich der Bevölkerungszahl und der Fläche der einzelnen Länder, des Reichtums an Bodenschätzen, ganz zu schweigen von den politischen Unterschieden zwischen dem konservativen Königreich Marokko z. B. und dem revolutionären sozialistischen Regime in Algerien. Jedoch scheinen sich gerade in letzter Zeit die politischen Führer dieser vier Staaten mehr darauf zu besinnen, daß für alle eine engere Zusammenarbeit nützlich sein könnte. Algerien und Marokko sind dabei, ihren Grenzstreit, der sogar im Herbst 1963 zu einem heißen Krieg führte, beizulegen; Algerien und Tunesien beginnen auf wirtschaftlichem Gebiet sich anzunähern und Tunesien und Libyen wollen gemeinsam die tunesischen Phosphatkommunen nutzen (vielleicht sieht Libyen in der Annäherung ein Gegengewicht zur VAR, die begehrlich auf den Ölreichtum des Nachbarn blickt). In 15 Einzelbeiträgen des vorliegenden Buches wird nun versucht, Staat und Gesellschaft im nordafrikanischen Maghreb-Raum zu analysieren, wobei mittels eines interdisziplinären Ansatzes möglichst die Gemeinsamkeiten in allen vier Staaten herausgestellt werden sollen. Die ersten beiden Kapitel —